

APOLOGETISCHE BLÄTTER

Mitteilungen des Apologetischen Instituts des Schweizerischen katholischen Volksvereins

Postcheck-Konto VIII 27842

Zürich / Hirschengraben 86

Preis vierteljährlich Fr.2.- Erscheint zweimal monatlich, 12-14 seitig
Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet.

Nr.2 (Zweite Januarnummer) 26. Januar 1943 7. Jahrgang

Inhalt

Eine Wende in der Einstellung zum Staat S.15

Mitteilungen:

Horoskope in Zeitungen S.18

"Manifest europäischer Katholiken über die Weltkrise" S.21

Eine Wende in der Einstellung zum Staat.

Unter den Problemen, um die sich heute die geistige und politische Auseinandersetzung vor allem dreht, steht wohl an erster Stelle die Frage um das Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft.

Innerhalb dieses Komplexes überragt - wenigstens im Vordergrund des Bewusstseins - die übrigen die Frage um Sinn und Grenzen der staatlichen Gemeinschaft. Nicht umsonst hat Papst Pius XII. in seiner Weihnachtbotschaft gerade diese beiden Fragen in den Mittelpunkt seiner Betrachtung gestellt.

Es ist nun äusserst lehrreich, die Entwicklung der Stellung des Staates in den letzten Jahren zu beobachten.

Noch vor 50 Jahren musste Papst Leo XIII. mit Nachdruck mahnen, dass der Staat sich nicht der ernsthaften Sorge um die Arbeiterschaft entziehen dürfe, dass die Idee des "Nachtwächterstaates" keineswegs den naturrechtlichen Forderungen entspreche, dass der Staat seine Pflicht vernachlässige, wenn er der Wirtschaft einfach freien Lauf lasse. Freilich sah er auch schon die Gefahren des Machtstaates hinter der individualistischen Zersplitterung der Gesellschaft und hinter den imperialistischen Bestrebungen eines zügellosen

Gewinnstrebens aufsteigen. So kam es, dass er gleichzeitig mit der Verurteilung der extrem liberalen Staatsidee auch schon gegen unbefugte Einmischung in das Familienleben und in die kirchlichen Angelegenheiten, Verwahrung einlegen musste.

Die Entwicklung ging unaufhaltsam weiter. Der Staat griff in immer weitere Lebensgebiete ein. Zum Teil war er durch die Not der ersten Weltkriegs- und Nachkriegszeit dazu gezwungen, zum Teil schwand auch geistig bei der Vermassung grosser Bevölkerungsschichten einerseits, beim Schwinden einer naturrechtlichen Begründung des Staates und seiner Grenzen anderseits der Sinn für das rechte Verhältnis von Einzelmensch und Gemeinschaft.

Bei uns in der Schweiz wurde die Verstaatlichung weiter Lebensgebiete besonders von sozialistischer Seite betrieben, nachdem auf kulturellem Gebiet schon der Liberalismus kräftig vorgearbeitet hatte. Die gegenwärtige Kriegszeit tat ein übriges. Die militärische Mobilisierung eines grossen Teils der männlichen und weiblichen Bevölkerung, die Sicherstellung der Landesversorgung mit Rohstoffen über eine gefährliche Blockade hinweg, die notwendige systematische Vermehrung der Lebensmittel aus dem eigenen Boden (Plan Wahlen, Anbauwerk), die gerechte Verteilung der rationierten Waren, die Steuerung der Preise und Löhne, die notwendigen Massnahmen zum Schutz des Staates gegen revolutionäre und verräterische Umtriebe von innen, zur Wahrung der Neutralität von aussen, die verantwortungsvolle Kontrolle der Presse, des Filmes und des Rundfunks, die Hilfsaktionen für notleidende Teile der Bevölkerung und manches andere mehr stellten dem Staat nicht nur immer wachsende Aufgaben und zwangen ihn zu einer gewaltigen Vermehrung seines Beamtenapparates, sondern sie gaben ihm auch immer mehr Rechte über Leben und Handeln der Bürger, verschoben das Verhältnis von Mensch und Staat immer mehr auf des letzteren Seite. Es fehlte auch nicht an Stimmen, die das grundsätzlich begrüsst. Man denke nur an gewisse Kreise um die Frontenbewegung und im Militär, an einen führenden Teil der Arbeiterbewegung, an die zeitweilige Unsicherheit mancher Schichten im Liberalismus usw.

Es ist nun äusserst bemerkenswert zu beobachten, wie sich eine rückläufige Bewegung zu einer gesunden Mitte abzuzeichnen beginnt.

1. Vor einem Jahr noch sprach man von grossen staatlichen Arbeitsbeschaffungsplänen, während man heute nicht genug betonen kann, dass die Arbeitsbeschaffung in allererster Linie Sache der Privatwirtschaft sei, und dass man alles tun wolle, um diese zu fördern.

2. Nachdem man in einem ziemlichen Anlauf den obligatorischen militärischen Vorunterricht hatte durchsetzen wollen, winkte das Volk energisch ab, so energisch, dass man heute an nicht wenigen Orten sogar schon eine gewisse Mühe zu haben scheint, für die viel bescheideneren Massnahmen den nötigen Schwung aufzubringen.

3. Nach mancherlei Klagen über die mangelhafte Information der Oeffentlichkeit von Seite des Staates versuchte man, eine staatliche Informationsstelle oder Presseverbindungsstelle zu schaffen. Da und dort sprach man gar von einer Art Propagandaministerium. Der Widerstand der öffentlichen Meinung war aber so lebhaft, dass schliesslich nur etwas recht Bescheidenes zustande kam.

4. Immer lauter werden die Stimmen, die es ablehnen, dass die staatliche Kriegswirtschaft zum Vorbild oder gar Vorspiel der künftigen Wirtschaftsordnung in Friedenszeiten gemacht werde. Auch wenn sich die Landwirtschaft mit Recht und mit Erfolg dagegen gewehrt hat,

dass man auf ihrem Sektor zum Vorkriegsliberalismus zurückkehre, so wird die Abneigung auf den übrigen Gebieten selbst in Arbeiterkreisen gegen das "vorläufig notwendige Uebel" der staatlichen Kriegswirtschaft immer lebhafter.

5. Auf dem Gebiet der Familienpolitik geht die private Initiative grosser mächtiger Wirtschaftsverbände voran, in Erkenntnis der Bedeutung und Unaufhaltsamkeit dieser Bewegung, zum Teil aber auch in der ausgesprochenen Absicht, staatlichen Massnahmen zuvorzukommen. Selbst auf dem Gebiet der Altersversicherung, auf dem besonders sozialistisch gesinnte Kreise geworben haben, ist man in eben diesen Kreisen gegenüber dem Erfolg der staatlichen Initiative recht skeptisch geworden und beginnt immer mehr auf die privaten Pensionskassen der einzelnen Betriebe oder eventuell der Berufsverbände ein Vertrauen zu setzen.

Während man noch vor einigen Monaten nach repressiven eugenischen Massnahmen des Staates rief, sind diese Stimmen heute erheblich zurückgedrängt, und man wünscht vor allem positive Förderung der gesunden Familie, indem man dieser den nötigen Lebensraum gewährt, wie es von katholischer Seite schon immer gefordert wurde.

6. Der auffallende Erfolg des Buches von Röpke: "Die Gesellschaftskrise der Gegenwart", sowie der Arbeit von H. Dütschler: "Volkswirtschaftspolitische Konzeption", die beide einen gemässigten Liberalismus neu verteidigen, weist in der nämlichen Richtung.

So wäre noch auf manche andere Symptome hinzuweisen. Diese aber mögen genügen. Nur das Auffallendste möge noch erwähnt werden: Bei der Neuauflage und Neubearbeitung des ehemaligen "Plans der Arbeit" können sozialistische Kreise um die Jahreswende nicht genug betonen, dass sozialistische Wirtschaft keineswegs Verstaatlichung der Wirtschaft bedeute, dass die Wirtschaft selbstverständlich der freien Initiative niemals gänzlich entraten könne, dass es nur gelte, dem arbeitenden Volk die Früchte der Arbeit zu erhalten usw. Im Januarheft 1943 der "Roten Revue" steht an erster Stelle ein Artikel von Jean Mussard, dem Direktor der Autofabrik in Biel. Darin heisst es u.a.: "Die vollkommene Verstaatlichung der Beziehungen lebendiger Wesen untereinander kann nicht erzwungen werden. Das lässt sich aus einfachen Beispielen ersehen. Auch in einer angeblich zu hundert Prozent sozialisierten Gesellschaft wird der Nutzniesser eines Gartens, dem es an Zeit oder Fähigkeit zur Landwirtschaft gebricht, zweifellos einen benachbarten Gärtner mit der Bestellung seines Bodens betrauen und ihn dafür gern bezahlen. Das ist aber ein Akt der Privatwirtschaft. Solange von Mensch zu Mensch ein freier Austausch von Dienstleistungen oder Gütern besteht, wird auch privat gewirtschaftet werden. . . Eine Gesetzmässigkeit der gegenseitigen Beziehung der Sektoren (der privaten und der gemeinwirtschaftlichen in der Eidgenossenschaft) hat sich aus den Ereignissen ergeben und kann in einfacher Weise wie folgt beschrieben werden: Wenn die Privatwirtschaft eine Zeit der Blüte erlebt, tritt der gemeinwirtschaftliche Sektor in den Schatten. Wenn infolge irgend welcher Umstände der private Sektor Rückschläge erleidet, stellt sich eine Expansion der Staatswirtschaft ein.."

Wie ist diese Wende zu beurteilen?

Es ist nicht leicht, völlige Klarheit zu gewinnen. Vor allem steht noch nicht fest, ob eine wirkliche Umstellung bestimmter Kreise stattgefunden hat, oder ob unter dem Eindruck der amerikanischen Erfolge bloss jene Stimmen wieder hervortreten, die eine Zeitlang zurückgedrängt waren. Immerhin schiene es uns falsch, bloss den Widerschein der

Weltereignisse darin zu sehen. Die stärkere staatliche Betätigung während des Krieges, so hervorragend sie in wesentlichen Punkten auch war, hat sich dem Schweizer von selber auch nach ihrer negativen Seite hin immer fühlbarer gemacht. Aussenpolitisch aber wurde sichtbar, wo die Grenzen staatlicher Machtentfaltung liegen.

Jedenfalls verdienen jene Symptome unsere intensive Aufmerksamkeit besonders in einem Augenblick, wo im Osten riesengross und drohend die Gestalt des Kollektivismus auftaucht und ebenfalls in unserem Land wieder zahlreichere und mutigere Anbeter findet.

Wir können weder die Rückkehr zum allzu bindungslosen Liberalismus und Individualismus billigen, aus dem die Entwicklung kommt, noch den Kollektivismus und die Verstaatlichung des Menschen, auf die so manches hinzuweisen scheint, sondern müssen ruhig weiterzubauen suchen am Aufbau einer organischen Gemeinschaft, wohlgegliedert in Persönlichkeit, Familie, Stand, Gemeinde und Staat, wie sie in der Weihnachtsbotschaft gezeichnet wird.

Bei aller Unsicherheit der Zukunft aber scheint uns dringlicher denn je, nicht nur auf die Institutionen zu achten, sondern vor allem MENSCHEN zu bilden, die in der Kraft ihres Glaubens, ihrer klaren Ueberzeugung und ihres unbeugsamen Charakters imstande wären, sogar ein Chaos zu überstehen.

Mitteilungen

Horoskope in Zeitungen.

Im "Schweizerischen Astrologischen Volkskalender 1943" bittet der Herausgeber den Leser, seinerseits etwas zu tun für die Verbreitung des "kosmosophischen Gedankenguts". Wir meinen aber, dass es im Gegenteil höchste Zeit wäre, gegen die Verbreitung des Horoskopaberglaubens durch eine Reihe Zeitungen etwas zu unternehmen.

Es geschieht schon einiges vermutlich von seiten der Behörden. Denn schliesslich ist das Schweizerische Strafgesetz, das mit Haft oder Geldbussen bedroht, wer gewerbmässig die Leichtgläubigkeit der Leute durch Wahrsagen, Horoskopstellen usw. ausbeutet, auch eine Mahnung, gegen das aufzutreten, was dieser gewerbmässigen Ausbeutung Vorschub leistet. So sind aus dem "Tagblatt der Stadt Zürich" die früher täglich erschienenen Inserate über "treffsichere Beratung", "Auskunft in allen Lebensfragen", "Auskunft und Rat" usw. verschwunden. Auch die Tages- und Wochenhoroskope, die in dieser Stadt ein Kommissionsverlag vertrieb und durch Kioske und Zeitungsverkäufer anbot, werden nicht mehr verkauft.

Nicht verschwunden sind freilich bis heute die Tages- und Wochenhoroskope in verschiedenen Tages- und Wochenzeitungen sowohl der deutschen wie der Westschweiz. "Die Presse", sagt dagegen mit Recht eine Bernische Zeitung, "sollte diese Dinge nicht fördern". Etliche Leser, oder wohl genauer, viele Leser, werden dadurch immer wieder den Horoskopstellern, Wahrsagern und Wahrsagerinnen in die Arme getrieben. Die Mundpropaganda der Klienten und Klientinnen der zahlreichen Zukunftseuter sorgt schon dafür, dass Interessenten deren Adressen erfahren. Es könnte da manche Förderung des Aberglaubens und gleichzei-

tig der Ausbeutung unterbunden werden, wenn sich die gesamte Schweizerpresse entschliessen wollte, keine Horoskope mehr zu veröffentlichen. Ein schwedischer Zeitungsverlegerverein hat das vereinbart und vom 1. August 1942 an Horoskope aus seinen Zeitungen ausgeschlossen. Wenn aus unseren Tages- und Wochenzeitungen die "Horoskope" und "kosmischen Ratgeber" verschwänden, hätten die Astrologiehungrigen ja immer noch Gelegenheit, ihn in einigen deutschschweizerischen Magazinen zu stillen; die Westschweiz hat gar eine 14tägige astrologische Zeitschrift und auch noch 3 Magazine mit Horoskopen. In den Tages- und Wochenzeitungen sind die Horoskope aber unbedingt als eine ungesunde völksschädliche Propaganda zu betrachten.

Mit Aufklärung kommt man gegen eine breite Aberglaubenspropaganda nicht auf. So brachte kürzlich eine Zürcher Tageszeitung ein Feuilleton: "Das Horoskop". Der betreffende Verfasser beteuert, er habe nie an Horoskope geglaubt. Aber bis kürzlich habe er sie gelegentlich doch gelesen. Das letzte Mal hätte ihm das Horoskop geraten, nicht dem ersten Impuls zu folgen, weil er sonst Gefahr laufe, eines grossen Geldgewinnes nicht teilhaftig zu werden. Er habe dann ein Los gekauft und ausdrücklich das Los, dessen auffallende Zahl 070444 ihm in die Augen stach, wieder zurückgelegt, um nicht vom ersten Impuls sich leiten zu lassen. Das dann gezogene Los gewann nicht, aber dafür stand 070444 auf der Gewinnliste an erster Stelle mit Fr. 50,000.-

Dass der astrologische Aberglaube eine wachsende Ausbreitung findet, kann man auch indirekt erfahren. Im "Berner Tagblatt" vom 21. November 1942 findet sich ein knapper Aufklärungsartikel dagegen, der auf die Beziehung der Astrologie zum heidnischen Sterngötterkult hinweist, die Astrologie als ein vom menschlichen Geiste erdachtes Wahrsagesystem bezeichnet, die Grundlagen der Astrologie als völlig haltlos und falsch hinstellt und deswegen den Glauben an die Astrologie einen Irrtum und die Horoskopstellerei einen frevelhaften Missbrauch der Unwissenheit nennt. Die Aufklärung geht aus von einer "Auskunftsstelle zur Bekämpfung des Aberglaubens". Dem Inhalt des Artikels nach dürfte es sich um eine reformiert-christliche Aktion handeln oder um eine des "Sittlichen Volkswohls". Auf jeden Fall ist die Aktion gesund und erfreulich.- Ebenfalls Mitte November veröffentlichte der "Nebelspalter" das Ergebnis seiner Preisfrage: "Was hältst Du vom Horoskop?". "Der Nebelspalter" meint, er habe mit dieser Preisfrage "offenbar auf ein Thema gegriffen, das unser Volk nicht wenig beschäftigt, sonst wären nicht gegen tausend Antworten eingegangen! Ein unerwartetes Ergebnis! Fast unisono tönt der Chor der Antworten: ein vernichtendes Nein! Vom überlegen lächelnden, leisen Spott bis zum empörten Protestruf sind alle Abstufungen und "Standpunkte" vertreten". Das gewaltige Nein hier ist nicht als Ausdruck der Ueberwindung eines törichten Aberglaubens anzusehen; es ist der anschwellende Protest gegen ein stark um sich greifendes Volksübel. Das zeigen auch einige in dem Heft veröffentlichte "summarische Urteile" über die Astrologie: "Volksverdummung Nr. 1" - "Aberglauben in neuzeitlicher Aufmachung" - "Anzeichen geistigen Niedergangs und seelischer Verarmung". Einer meint: "Das Horoskop hätte am Schandpfahl unserer Landi einen Ehrenplatz verdient".

Hinweise für eine gesunde Aufklärung gegen den Horoskopunfug lassen sich genug an die Hand geben auch ohne, dass man dabei auf die Hintergründe der Horoskopstellerei und der Astrologie eingeht. Wir können uns mit den zwei folgenden begnügen:

Das Januarheft zweier deutschschweizerischer Magazine bringt das Horoskop für den Januar 1943. Die Prognose wird, wie das ja

gewöhnlich geschieht, den 12 Tierkreiszeichen angepasst. Hören wir, was in den beiden Heften jeweils für den Typ "Steinbock" (geboren zwischen 22. Dezember und 20. Januar) gesagt wird. Nennen wir das eine Magazin A. Da heisst es: "Allgemein steigt die Lebenskurve steil an, und wenn die Opposition zu Jupiter auch noch Störungen öffentlicher Art bringen kann (1. und 12. Januar), so läuft doch die Konstellation einem Höhepunkt zu und bringt ab 22. grosse Erfolgsmöglichkeiten, günstige überraschende Partnerschaften und beruflichen Erfolg". Im andern Magazin, das wir B nennen wollen, wird dem Steinbocktyp folgendes gesagt: "Im Anfang des Monats wirkt sich die günstige Konstellation für Sie noch in Erfolgen aus. Wenn Sie klug sind, werden Sie diese Zeit dazu benützen, um möglichst viel zu erreichen. Suchen Sie Entscheidungen vor dem 20. zu fällen, weil nachher die Gefahr besteht, dass sie für Sie ungünstiger ausfallen". Da bekommt doch der gleiche astrologische Typ zweimal einen "kosmischen Rat", von denen der eine das gerade Gegenteil enthält vom andern. Nach A ist die Konstellation anfangs ungünstig, dann wird es in "steilem Anstieg" besser; ab 22. "grosse Erfolgsmöglichkeiten". Nach B anfangs günstige Konstellation, nach dem 20. "Gefahr für ungünstigen Ausfall".

Noch ein Hinweis! Die beiden erschienenen deutschschweizerischen astrologischen Kalender für das Jahr 1943 bringen ausschliesslich persönliche Zukunftsdeutungen und Prognosen je nach dem Geburtsdatum und enthalten sich aller Horoskopdeutungen für Länder oder Weltereignisse. Frühere deutsche astrologische Kalender brachten jährlich grosse "politisch-astrologische Rundschau". Auch der erste "Schweizerische Astrologische Kalender 1939" brachte eine Prognose: "Weltereignisse im Jahr 1939". Daraus müssen wir doch einige Proben bringen:

"Für die deutsch-schweizerische Welt läuft Jupiter teils durch das 1. Haus des Republikhoroskopes, teils durch das Zeichen Widder, dem nach allgemeiner astrologischer Anschauung Deutschland unterstehen soll. Jupiter ist der Stern des Friedens und wird also auch für Deutschland den Frieden erhalten. Die Entwicklungslinie des deutschen Volkes führt nach aufwärts".

"Für Frankreich liegt sowohl das Horoskop von Paris als auch das Gründungshoroskop der Dritten Republik vor. Aus dem Gründungshoroskop sind für das laufende Jahr günstige Einflüsse und Verhältnisse zu ersehen, namentlich hinsichtlich der Beziehungen zum Ausland, zu den Nachbarstaaten, in Handel und Verkehr, in Kunst und Wissenschaft. ... Ähnlich liegen die Verhältnisse im Horoskop von Paris. Hier befindet sich das ganze Jahr über der Jupiter im 7. Haus, und das ist günstig für alle Beziehungen zu auswärtigen Mächten und begünstigt Bündnisse, politische und kommerzielle Verträge. Zugleich auch Ansehen der Nation. Also steht es in diesem Jahre gut um Frankreich".

"In Sowjet-Russland häufen sich die Schwierigkeiten. In diesem Jahre dominiert Uranus im 10. Haus, und das bringt plötzliche Krisen innerhalb der Regierung und für das Staatsoberhaupt. Krawalle, Kabinetsturz und überhaupt eine durchgreifende Aenderung. Russland wird einen neuen Herrscher sehen, wenn es nicht dem Chaos anheimfällt, was nicht so unmöglich ist, da sich Neptun und Jupiter in Opposition anblicken und damit auf die Wirkungsfelder des 2. und des 8. Hauses strahlen. Das gibt auch finanzielles Durcheinander und ausserdem Sterbefälle in Regierungskreisen mit der Möglichkeit von Vergiftungen. ... Dazu steht Mars im 6. Haus des Gründungshoroskopes während des ganzen Jahres als ein Anzeichen von Empörungen, Revolten, Aufständen, Streiks, Gewalttaten, wobei besonders Arbeiter und Soldaten in Aktion treten. Diese föderative Republik wird ihr politisches Gesicht verändern".

Da ist wirklich nicht viel dazu zu sagen. Deutschland trat in den Krieg. Frankreich bekam den Krieg. Und Russland blieb

innenpolitisch fest und unerschütterter.

Auf die oben angeführte Preisfrage über Horoskope im "Nebelspalter" antwortet ein Einsender: "Aus fatalistischer Angst befragt, als Offenbarung des künftigen 'Verhängnisses' ungeduldig begehrt und von schlaunen Astrologen gestellt, schaden Horoskope jedem, der daran glaubt".

Wir fügen hinzu: Zeitungen schaden der seelischen Volksgesundheit, weil sie durch Verbreitung des Aberglaubens den Glauben an die eigene Kraft und den echten religiösen Glauben dem Menschen nehmen.

"Manifest europäischer Katholiken über die Weltkrise".

Im Mai vergangenen Jahres 1942 hat eine Gruppe europäischer katholischer Intelligenzler in Amerika eine 49 Seiten umfassende manifestartige Schrift erscheinen lassen, die in zwei Teilen eine Analyse der gegenwärtigen Weltkrise und einige Hauptgrundsätze für eine Gestaltung der Zukunft enthält. Das Dokument trägt 43 Unterschriften mit zum Teil bekannten Emigrantennamen, wie Jacques und Raissa Maritain, Charles Boyer, André David, Henry de Kérillis aus Frankreich, das mit 11 Unterschriften (drei von Dominikanern) am stärksten vertreten ist. Unter den 5 Oesterreichern findet sich Dietrich von Hildebrand; der einstige bekannte Wiener Judenapostel Kaplan Oesterreicher und Guido Zornatto. Unter den 5 Deutschen Waldemar Gurian. Italien ist einzig durch Don Luigi Sturzo, Norwegen durch Sigrid Undset, Russland durch Helene Iswolsky, Spanien durch den Basken Antonio de Aguirre vertreten. Von den 4 Belgiern sei Paul van Zeeland genannt; doch finden wir auch 6 englische Vertreter, deren Namen uns freilich kein Programm bedeuten. Die Unterzeichneten wollen ihre politische Partei und persönliche private Meinung in diesem Schriftstück zurückstellen und einzig die allgemeinen katholischen Grundprinzipien mit Bezug auf die heutige Weltkrise darlegen. Die Revue Catholique pour la Suisse Romande "Nova et Vetera" hat in ihrer dritten Nummer des Jahres 1942 das Dokument im Auszug veröffentlicht. Wir beschränken uns im folgenden darauf, einige der interessantesten Partien des ersten und zweiten Teiles wiederzugeben.

I. "Die Bedrohungen der Zivilisation".

1. Worin sie besteht.

"Die allgemeine Krise, in deren Verlauf der Krieg nur deren Sichtbarwerden bedeutet, hat die schwerste Bedrohung, die je gegen eine Zivilisation freier Menschen gerichtet wurde, zur Folge".

Die Ideologie, in der sich diese Bedrohung verwirklicht, "hat nichts als einige äusserliche Aehnlichkeiten mit den autoritären Regimen gemein, die christliche Völker in der Vergangenheit kannten". Sie ist minder als "die primitiven Formen des antiken Staates" zu bewerten. "Mit der Botschaft des Evangeliums, das uns die unveräusserliche Würde jeder Menschenseele offenbart, ist sie unvereinbar". Sie leugnet "die Transzendenz der menschlichen Person über Stoff, Natur und Gesellschaft". Für ihre Anhänger ist "das Individuum keine selbständige Wesenheit, sondern ganz abhängig, geboren aus dem Staat und von ihm getragen". Noch mehr: "Nichts ausser oder über dem Staat, nichts gegen den Staat, alles in dem Staat, alles für den Staat".

"Der historische Materialismus des Marxismus will die Vernichtung der Religion, der Familie und alles dessen, was die menschliche

Persön schützt und sucht diese in der sozialen Masse aufzusaugen".

Der biologische Materialismus erstrebt "die gleiche radikale Vernichtung, eng verknüpft mit einer *G e g e n r e l i g i o n*, die sich auf Stolz und Instinkt gründet und mit dem Willen, die Menschheit der Herrschaft eines Volkes oder einer Rasse zu unterwerfen, die ihre Ueberlegenheit durch Unterdrückung der anderen offenbart". Gegenüber dem Christentum "leugnet er radikal die Einheit des Menschengeschlechtes und der brüderlichen Verbundenheit aller Menschen als Kinder des gleichen Vaters und Wiedererkaufte durch den gleichen Erlöser". Er scheint heute "geeigneter als der Kommunismus die auf der Welt entfesselte antichristliche Revolution zum Siege zu führen".

"Der Kampf der Völker bedeutet lediglich das Offenbarwerden im internationalen Raum eines viel tiefer liegenden Bruches: der zerbrochenen Uebereinstimmung der Völker über die Grundlagen der Zivilisation."

P u n k t 2 räumt jedem Volk Freiheit ein in der Wahl seiner Staatsform und Gesetzgebung, vorausgesetzt, dass einerseits in der Gesellschaft die Beziehungen der Gerechtigkeit, andererseits die Rechte der menschlichen Person gewahrt bleiben.

3. Bedeutet der Einsatz des Krieges die Erhaltung des Kapitalismus?

Der Kapitalismus hat mächtig dazu beigetragen, die materiellen Elemente der Zivilisation zu entwickeln. Aber das menschenunwürdige Gepräge, das er der ganzen Wirtschaft aufdrückte, die Schaffung des Proletariates und des Klassenkampfes sind die Folgen "der Verwerfung der Moral und der Ablehnung gegenüber einer Wirtschaftsphilosophie und Politik, die sich um das allgemeine Wohl bekümmert".

"Wenn sich darum augenblicklich unter der Decke des Krieges plutokratische Interessen verteidigen, so behindert diese tatsächliche Verbindung - die bezüglich des realen Einsatzes nebensächlich und durch die Schäden und Umwälzungen, die der Krieg selbst mit sich bringt, offensichtlich vorübergehender Natur sind - weder unsere Ansicht, noch unsere Tätigkeit nach unserem Willen betreff sozialer Reformen".

4. Der Einsatz des Krieges ist die Zivilisation selbst und die christlichen Werte, die hier auf dem Spiele stehen.

Unter Punkt 4 heisst es:

Die neue Ordnung des biologischen Materialismus gründet sich auf eine Anschauung der Existenz (des Seins) und stellt einen geistigen Angriff dar, der mit christlichem Glauben und Leben unvereinbar ist".

"Sie greift das Christentum an seiner Wurzel an, weil sie die Barmherzigkeit und die Liebe leugnet und schmäht und alles dem Hochmut der Macht zum Opfer bringt. Wo immer unsere Religion noch eine gewisse Lebenskraft besitzt, wird sie notwendig zur grössten Gefahr dieser Regierungsformen und muss zwangsläufig von ihnen bekämpft werden. Die Verfolgung kann nur um den Preis der Sterilisation des Glaubens unter den Christen und der Aushöhlung der katholischen Welt von innen her vermieden werden. Eben das bezeichnet der Kardinal-Patriarch von Lissabon als die Entchristlichung der Kirche selbst. Selbst dort, wo die Regierungsformen (des biologischen Materialismus) sich in nicht ausgeprägt radikale Formen kleiden oder nur verschleiert Eingang fanden, strebt die Entwicklung unvermeidlich der Verwirklichung des gleichen Musters zu. Für die Religion ist dies noch unheilvoller als die offene Verfolgung. Es gibt

keine verderblichere Täuschung, als sich einzubilden, man könne den Totalitarismus verchristlichen. Die Totalitarismen, die heute die Welt bedrohen, können nur auf den Ruinen des Christentums siegen".

"Der gegenwärtige Krieg ist kein ökonomischer und kein politischer. Er ist ein Krieg der Zivilisation. Der marxistische Totalitarismus gründet sich auf die absolute Leugnung Gottes, er stellt einen Versuch dar, eine Gesamtordnung der Menschheit auf der Grundlage des Materialismus und Atheismus zu errichten". Der andere Totalitarismus ruht auf der Vergöttlichung des Nationalstaates, der Rasse und des Blutes und auf einer Weltanschauung, deren Folgen sind: die Leugnung des Erlösers und Gottes, der jüdisch-christlichen Tradition und der gesunden Philosophien, die Leugnung der Gerechtigkeit und des Rechtes, der Kult der Gewalt und des Hasses, die zu positiven und religiösen Werten erhoben werden. Unbegreiflich ist es, wie man den Willen haben kann, diesen Versuchen eine Grenze zu setzen.

"Der reelle Einsatz des gegenwärtigen Konfliktes ist schlechthin die Möglichkeit, als Mensch zu leben, es geht um Sein oder Vernichtung der elementaren Grundlagen des Naturrechtes und des zivilisierten Lebens überhaupt, um Erhaltung oder Zerstörung der wesentlichen Grundlagen des Christentums im Leben der Völker und selbst um die Möglichkeit, eine christliche Zivilisation anstreben zu können".

II. Leitende Grundsätze künftiger Einrichtungen.

6. Grundlagen.

Die Gesamtordnung ruht auf doppeltem Grund: 1) Rechte und Freiheiten der menschlichen Person, 2) Die notwendigen Gemeinschaftsformen dieser Personen auf allen Stufen des sozialen Lebens im Hinblick auf das allgemeine Wohl.

"Im Lichte dieser Prinzipien wird man mühelos erkennen, dass gleich wie die übersteigerten Nationalismen auch die Irrtümer des Individualismus und anarchischen Liberalismus ihr gut Teil Verantwortung an der augenblicklichen Krise unserer Zivilisation tragen. Die wesentlichen Freiheiten und die Gleichheit aller vor dem Recht müssen gesichert werden und der innere Primat der Moral im politischen, wirtschaftlichen und sozialen wie im internationalen Leben muss wiederhergestellt werden".

7. Aufgabe und Grenze der politischen Autorität.

Hier wird besonderer Nachdruck auf die Rolle der Arbeiterklasse und der Landbevölkerung im politischen und sozialen Wiederaufbauwerk gelegt.

8. Autonomie der wirtschaftlichen Gruppen und politischen Freiheiten der Person.

"Den Staaten ist eine den neuen sozialen Gegebenheiten und den Rechten und Freiheiten der Person harmonisch angeglichene Struktur zu geben. Unleugbar haben gewisse organische Elemente der sozialen Ordnung - die Familie, die Berufe, die Landesteile, die kulturellen Gruppen, die Gemeinschaften nationalen und sprachlichen Eigencharakters - im individualistischen und liberalen Ordnungsbild nicht

den ihnen zukommenden Platz eingenommen. Insbesondere die wirtschaftlichen Gruppen und die Arbeiterkräfte haben in den modernen Einrichtungen keine entsprechende Vertretung gefunden, noch besaßen sie eine ihrer Bedeutung und Funktion in der Gemeinschaft gemäße und angepasste Ausdrucksmöglichkeit in den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Lösung lässt sich jedoch weder in der Diktatur eines Korporativismus noch in der Bevormundung durch den Staat finden. Die Freiheit der dem Staat untergeordneten Gruppen und Vereinigungen ist, zugleich mit der Anerkennung der sozialen Würde der Persönlichkeit des Arbeiters, eine wesentliche Forderung jeden wahren Wiederaufbaus". Die Gewalt des Staates ist eine Gewalt der Koordination, nicht der Absorption. "Diese Gruppen sind als Organe der bürgerlichen Gemeinschaft, nicht als Organe des Staates zu betrachten".

"Mit Nachdruck muss die Trennung der politischen und der wirtschaftlichen Ordnung, der politischen Struktur des Staates und der wirtschaftlichen Organisation der Gesellschaft aufrecht erhalten werden. Die politische Struktur muss sich vor allem auf die Anerkennung der Rechte der menschlichen Person auf das politische Leben gründen. Das Leben und die politische Organisation des Staates gehören einer höheren Ordnung als die wirtschaftlichen Gruppen an".

Von Punkt 9, der von "Freiheit und Gewissen" handelt, sei einzig der Satz vermerkt: "Die Gewissen zu beherrschen oder zu kontrollieren, gehört nicht zu den Aufgaben des Staates".

Punkt 10 wendet sich gegen den Antisemitismus. Darin heisst es: "Jedes Ausnahme- oder Unterscheidungsgesetz ist ungerecht".

Punkt 11 verteidigt Freiheit und Unabhängigkeit der Völker mit ausgiebiger Zitation der Kundgebungen Papst Pius' XII.

Punkt 12 fasst das Gesagte zusammen.